

presse

AG Wirtschaft und Technologie

Telekom muss beim neuen Standortkonzept zur Politik der ausgestreckten Hand zurückkehren

*Zu den Plänen der Deutschen Telekom, Standorte im Geschäftskundenvertrieb und bei der IT-Infrastruktur zusammenzulegen, erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion **Martin Dörmann**:*

Das vom Telekom-Vorstand vorgelegte Umstrukturierungskonzept im Geschäftskundenbereich werden die meisten der rund 3.600 betroffenen Beschäftigten als Stoß vor den Kopf empfinden. Demnach plant das Unternehmen, im Vertrieb Strukturen mit über 140 Büros und Außenstellen in fast 90 Städten künftig in neun Städten zusammenzufassen. Bei der IT-Infrastruktur soll die bisherige Anzahl von 96 Einrichtungen erheblich reduziert werden. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden faktisch keine Möglichkeit haben, das Angebot einer Weiterbeschäftigung am neuen Standort anzunehmen, insbesondere wenn sie Teilzeitbeschäftigte sind oder eine ortsgebundene Familie haben.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert den Vorstand der Deutschen Telekom AG auf, seiner sozialen Verantwortung gerecht zu werden und auf die Beschäftigten zuzugehen. Das vorgelegte Konzept darf nicht über deren Köpfe hinweg durchgesetzt, sondern muss mit ihnen mitarbeitergerecht verändert werden. In beiden betroffenen Geschäftssparten sollten durch Verhandlungen mit dem Sozialpartner gemeinsame Lösungen gefunden werden. Zwischen wirtschaftlichen Aspekten und den Interessen der Beschäftigten muss es einen gerechten Ausgleich geben. Ziel müssen Konzepte sein, die einerseits die Wettbewerbsfähigkeit sichern, besseren Kundenservice ermöglichen, bewährte Strukturen nicht zerschlagen und durch eine entsprechende Standortstruktur den Beschäftigten zumutbare Bedingungen zum Verbleib im Unternehmen bieten.

Die Deutsche Telekom braucht ein Unternehmensklima, in dem Vorstand und Belegschaften vertrauensvoll zusammenarbeiten. Nur ge-

meinsam können die großen Herausforderungen in einem dynamischen Wettbewerbsmarkt gemeistert werden - im Interesse einer guten wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens, Beschäftigungssicherung und zufriedener Kunden.

In den vergangenen beiden Jahren gab es insofern eine positive Klimaentwicklung zwischen den Sozialpartnern, die wir begrüßt haben. Das darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Deshalb sollte die Unternehmensleitung zu einer Politik der ausgestreckten Hand zurückkehren.